Beschlussvorlage Gemeinde Barnekow	Vorlage-Nr: VO/GV12/2016-0484 Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführend: Amt für Zentrale Dienste	Datum: 09.02.2016 Einreicher: Bürgermeister
1.Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Barnekow	
Beratungsfolge:	
Beratung Ö / N	Datum Gremium
Ö	Finanzausschuss Barnekow
Ö	23.02.2016 Gemeindevertretung Barnekow
Ö	24.05.2016 Gemeindevertretung Barnekow

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Barnekow.

Die Satzung tritt mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung Inkraft.

Sachverhalt:

Durch eine routinemäßige Durchsicht der der unteren Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises NWM vorliegenden Hauptsatzungen der Gemeinden des Amtes Dorf Mecklenburg-Bad Kleinen, hier die Gemeinde Barnekow, sind einige Regelungen in der Hauptsatzung der Gemeinde Barnekow aufgefallen, die an die aktuell gültigen Rechtsvorschriften anzupassen sind.

U.a. siehe Anlage.

Die Änderungen bzw. Ergänzungen sind rot markiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind abhängig von der Entscheidung der Gemeindevertretung über die Festsetzung der Höhe des Sitzungsgeldes.

Anlage/n:

- 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde
- Auszug aus dem Schreiben der unteren Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises NWM

Abstimmungsergebnis:	
Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gremiums	
Davon besetzte Mandate	
Davon anwesend	
Davon Ja- Stimmen	
Davon Nein- Stimmen	
Davon Stimmenthaltungen	
Davon Befangenheit nach § 24 KV M-V	

1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Barnekow vom

Auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. S. 777 ff.) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung Barnekow vom 23.02.2016 und nach Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als untere Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende 1. Änderung der Hauptsatzung erlassen.

Artikel 1 – Änderung der Hauptsatzung

1. Der § 2 (Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner) Absatz 4 erhält folgende Neufassung:

„(4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beantworten die Fragen mündlich oder schriftlich innerhalb eines Monats. **Den Leitenden Verwaltungsbeamten ist auf Antrag das Wort zu erteilen.“**

2. Der § 7 (Entschädigungen) Absatz 1,2,3 und erhält folgende Neufassung:

„(1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretungen, der Ausschüsse, in die sie gewählt wurden, gemäß § 14 Abs. 1 der Verordnung über die Entschädigung der in den Gemeinden, Landkreisen, Ämtern und Zweckverbänden ehrenamtlich Tätigen (Entschädigungsverordnung – EntschVO M-V) **vom 27.08.2013 (GVOBl. M-V S. 512)** eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,- Euro/ **40,- Euro**.

„(2) Ausschussvorsitzende oder deren Vertreterin oder Vertreter erhalten für jede von diesen geleitete Sitzung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von **45,- Euro/60,- Euro** monatlich.“

„(3) Sachkundige Einwohnerinnen oder Einwohner erhalten gemäß § 14 EntschVO M-V eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,- Euro/ **40,- Euro** für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt wurden.

„(5) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erhält gemäß § 8 der EntschVO M-V eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 500,- Euro. **Im Krankheitsfall wird diese Entschädigung sechs Wochen weiter gezahlt. Eine Weiterzahlung erfolgt auch bei urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit diese zu vertretenden Zeiten nicht über drei Monate hinausgehen.“**

„(6) Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhalten bei Vertretung ab 8.Tag der Vertretung für die gesamte Dauer der Vertretung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 % der Aufwandsentschädigung nach Absatz 5. Besteht der Anspruch nicht für einen vollen Kalendermonat, wird für jeden Tag ein Dreißigstel der monatlichen Aufwandsentschädigung nach Satz 1 gezahlt. **Nach drei Monaten Vertretung erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung nach Absatz 5.“**

„(7) Der Ersatz entgangenen Arbeitsverdienstes, Reisekostenvergütung und Betreuungskosten werden gemäß § **16** EntschVO M-V gewährt.“

3. Der § 9 (Öffentliche Bekanntmachungen) Absatz 5 erhält folgende Neufassung:

„(5) **Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung und deren Ausschüsse werden durch Aushang an den amtlichen Bekanntmachungskästen der Gemeinde öffentlich bekanntgemacht.** Diese befindet sich in:

Ort	Straße	
Barnekow	Wismarsche Straße	An der Bushaltestelle

Darüber hinaus können zusätzlich Anschläge in den Informationskästen erfolgen. Für die öffentlichen Bekanntmachungen ist die in der Geschäftsordnung festgelegte Ladungsfrist maßgebend, wobei der Tag des Aushangs und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden.

Artikel 2 – In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Dorf Mecklenburg d.

Heine
Bürgermeisterin

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese gemäß § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.

Entschädigungen

Im § 7 der Hauptsatzung der Gemeinde Barnekow vom 18.04.2012 ist im Absatz 1 eine nicht mehr gültige Fassung der EntschVO M-V angegeben, dieser Bezug ist entweder generell zu streichen bzw. zu verändern.

Weiterhin ist eine Änderung in Bezug auf die festgelegte Höhe der sitzungsbezogenen Aufwandsentschädigungen für Gemeindevertreter, Mitglieder der Ausschüsse, Fraktionen und sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner bzw. die Aufwandsentschädigung für die Leitung von Sitzungen durch die Ausschussvorsitzenden vorzunehmen. Entweder ist der Betrag der sitzungsbezogenen Aufwandsentschädigung für die Gemeindevertreter und Mitglieder der Ausschüsse zu erhöhen oder die festgelegte Entschädigung für die Ausschussvorsitzenden zu mindern.

Die bislang geltenden Regelungen in den Hauptsatzungen der genannten Gemeinden widersprechen geltendem Recht.

In der Hauptsatzung der Gemeinde Barnekow (§ 7 Absatz 1) ist die Höhe der sitzungsbezogenen Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Gemeindevertretung und die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner auf 30,00 Euro festgelegt worden. Weiter heißt es, dass Ausschussvorsitzende für jede von ihnen geleitete Sitzung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung (Sitzungsgeld) in Höhe von 60,00 Euro erhalten. Diese Regelung entspricht nicht mehr den geltenden Vorschriften der EntschVO M-V2 vom 27. August 2013, zuletzt geändert durch VO vom 16. Dezember 2013.

Im § 14 Absatz 7 Satz 2 EntschVO M-V ist geregelt, dass die sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung u.a. in Gemeinden mit ehrenamtlicher Verwaltung 40 Euro nicht übersteigen darf. Weiterhin ist im § 14 Absatz 7 Satz 4 EntschVO festgelegt, dass Ausschussvorsitzende und sie vertretende Personen für jede von ihnen geleitete Sitzung eine Entschädigung bis zum eineinhalbfachen der sitzungsbezogenen Aufwandsentschädigung nach Satz 2 nach erhalten können.

Demzufolge können nach den Bestimmungen des § 14 Absatz 7 EntschVO M-V die Ausschussvorsitzenden der Gemeindevertretung Barnekow bei Beibehaltung der Entschädigungshöhe für die Mitglieder der Gemeindevertretung, der Ausschüsse und der Fraktionen maximal 45,00 Euro als Aufwandsentschädigung für jede von ihnen geleitete Sitzung erhalten. Ist jedoch beabsichtigt, die in der Hauptsatzung getroffene Höhe der Aufwandsentschädigung (60,00 Euro) für die Ausschussvorsitzenden bei Leitung einer Sitzung beizubehalten, ist demzufolge zwingend der Betrag für die sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Gemeindevertretung, Ausschüsse und Fraktionen auf 40,00 Euro zu erhöhen.